

Resolution

Resolution des Verkehrsausschusses der Bergischen IHK zu den jüngsten Entwicklungen beim Ausbauprojekt L 419 in Wuppertal-Ronsdorf

Die Vollendung der sogenannten Wuppertaler Südtangente zwischen der A 46 und der A 1 ist eines der wichtigsten Verkehrsprojekte im Bergischen Städtedreieck. Nachdem der Tunnel Burgholz nach vierzig Jahren Planung und vier Jahren Bauzeit im März 2006 fertig gestellt wurde, sollte die völlig überlastete Parkstraße (L 419) ausgebaut und mit einer neuen Anschlussstelle an die A 1 angebunden werden. Der erste Bauabschnitt zwischen Lichtscheider Kreisel und Erbschlöer Straße wurde im Januar 2024 durch die Bezirksregierung Düsseldorf planfestgestellt.

Durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster steht jetzt aber dieses sehr wichtige – und vermutlich letzte – größere bergische Straßenbauprojekt vor dem Aus. Begründet wird dies mit einem Formfehler. Das OVG Münster hat den Planfeststellungsbeschluss aufgehoben, weil das Land NRW für die Planfeststellung gar nicht zuständig gewesen wäre. Eine Revision hat das OVG nicht zugelassen.

Für die täglich im Stau stehenden Pendler auf der Parkstraße sowie den hiesigen Wirtschaftsstandort ist das Urteil ein Tiefschlag. Es muss jetzt dringend geklärt werden, wie es zu diesem Planungsdesaster kommen konnte.

Der IHK-Verkehrsausschuss fordert daher mit Nachdruck, dass die Landesregierung – insbesondere Verkehrsminister Oliver Krischer – dies aufklärt und der Öffentlichkeit insbesondere transparent darstellt

- wo behördenintern Fehler gemacht wurden,
- welche Kosten für die jahrelange Planung entstanden sind,
- ob jemand dafür haftbar gemacht werden kann
- und welche Konsequenzen in den betroffenen Behörden gezogen werden, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Vor allem aber muss die Landesregierung jetzt schnellstmöglich Alternativen aufzeigen, wie die untragbare verkehrliche Situation entlang der Parkstraße trotzdem nachhaltig verbessert werden kann. Hier sehen wir aber auch die Bundesregierung mit in der Pflicht; dabei sollten alle Optionen geprüft werden, einschließlich einer möglichen neuen Planung als Bundesstraße.